

Stand: 04.03.2026 09:44:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5880

"Kostenlose öffentliche Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern gewährleisten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5880 vom 29.01.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/7612 des BV vom 23.04.2020
3. Beschluss des Plenums 18/7705 vom 05.05.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 05.05.2020



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Inge Aures, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Markus Rinderspacher, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Volkmар Halbleib, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Florian von Brunn SPD**

Kostenlose öffentliche Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Kommunen bis Ende des Jahres 2020 ein Konzept und einen Zeitplan vorzulegen, durch welche für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern bis zum Ende ihrer Ausbildung

1. die Kostenfreistellung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV),
2. die Kostenfreistellung der freigestellten Schülerverkehre (FSV) und deren bestmögliche Integration in den allgemeinen ÖPNV und
3. passgenaue Ausbau- und Verdichtungsprojekte sowie bessere Taktungen im öffentlichen Nahverkehr

umgesetzt werden sollen.

Begründung:

Junge Menschen in Bayern müssen und wollen mobil sein. Sie nutzen den ÖPNV unter anderem für die Fahrten zur Schule bzw. zur Ausbildungsstätte. Zugleich stehen den Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden dafür allerdings oftmals nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung. Hohe Preise im ÖPNV gefährden daher die Mobilität von jungen Menschen und können eine nachhaltige Entscheidung für den Umstieg vom Pkw auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel beeinträchtigen. Gerade für junge Menschen in Deutschland gewinnen die Themen Umweltschutz und Klimawandel erheblich an Bedeutung. Laut der aktuellen Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 benennen fast drei von vier Jugendlichen die Umweltverschmutzung als das Hauptproblem, das ihnen Angst macht, gefolgt von der Angst vor Terroranschlägen und dem weltweiten Klimawandel. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass eine klimafreundliche Mobilität in Bayern gestärkt wird. Ein sozial verträglicher Klimaschutz in Bayern ist unabdingbar, um es Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln zu ermöglichen, den ÖPNV ungehindert zu nutzen.

Die jetzige Rechtslage gewährt den Schülerinnen und Schülern in Bayern bis zur 10. Klasse für die notwendige Beförderung Freiheit von den Schulwegkosten. Für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Gymnasien, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform) und Wirtschaftsschulen ab Jahrgangsstufe 11, für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Fachoberschulen und Berufsoberschulen sowie für Schülerinnen und Schüler im Teilzeitunterricht an öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Berufs-

schulen werden die Kosten der notwendigen Beförderung vom Aufgabenträger auf Antrag im Nachhinein, soweit diese Kosten den Gesamtbetrag von zurzeit jährlich 440 Euro (§ 7 Schülerbeförderungsverordnung – SchBefV) übersteigen, erstattet. Durch die bisherige Selbstbeteiligung der Eltern an den Kosten der notwendigen Beförderung in Höhe der Familienbelastungsgrenze und dem System der nachträglichen Erstattung von Beförderungskosten entstehen diskriminierende Situationen für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien sowie ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand bei den Aufgabenträgern für die Bearbeitung der Erstattungsanträge. Durch die Kostenfreistellung sowohl des ÖPNV als auch des FSV bis zum Ende der Schul- oder Berufsausbildung können Familien deutlich entlastet werden. Damit der ÖPNV auch in der Zukunft im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr attraktiver wird, ist es notwendig, dass der Freistaat jetzt handelt. Das derzeit vorherrschende Dickicht aus Zuständigkeiten und Strukturen von verschiedenen Aufgabenträgern und Finanzierungsquellen des ÖPNV ist durch die Integration der freigestellten Schülerverkehre (FSV) in den allgemeinen ÖPNV zu lichten.

Die Einführung der sog. 365-Euro-Tickets – von der SPD-Fraktion im Landtag gefordert und maßgeblich unterstützt – ist ein erster verkehrspolitischer Schritt in Richtung eines kostenlosen ÖPNV. Da jedoch die Einführung bislang nur auf einzelne Verkehrsverbünde beschränkt ist, werden Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende gerade in ÖPNV-strukturschwächeren Gebieten Bayerns abgehängt. Deshalb ist es nötig, durch massiven Ausbau von ÖPNV-Linien, -netzen und Verkehrsverbünden sowie durch eine bessere Taktung die richtigen Weichen für eine bayerische Verkehrswende zu stellen und die jungen Menschen mit kostenlosen, flächendeckenden und zuverlässigen ÖPNV-Angeboten abzuholen. Langfristiges Ziel muss die Schaffung eines einheitlichen landesweiten Verkehrsverbundes mit aufeinander abgestimmten Verbindungen, einem Ticket, flexiblen Verkehrslösungen und digitaler Unterstützung bei Information und Koordination in Bayern sein.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Inge Aures, Dr. Simone Strohmayr u.a.
SPD
Drs. 18/5880**

Kostenlose öffentliche Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern gewährleisten!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Beteiligung der Kommunen bis Ende des Jahres 2020 zu berichten, wie für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern

1. die Kostenfreiheit des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bis zum Ende ihrer Ausbildung und
2. passgenaue Ausbau- und Verdichtungsprojekte sowie bessere Taktungen im öffentlichen Nahverkehr

ermöglicht werden kann.“

Berichterstatlerin: **Inge Aures**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 18. Februar 2020 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 21. April 2020 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 22. April 2020 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 23. April 2020 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Inge Aures, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Markus Rinderspacher, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Volkmар Halbleib, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Florian von Brunn SPD**

Drs. 18/5880, 18/7612

Kostenlose öffentliche Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern gewährleisten!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Beteiligung der Kommunen bis Ende des Jahres 2020 zu berichten, wie für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Bayern

1. die Kostenfreiheit des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bis zum Ende ihrer Ausbildung und
2. passgenaue Ausbau- und Verdichtungsprojekte sowie bessere Taktungen im öffentlichen Nahverkehr

ermöglicht werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe, das sind alle Fraktionen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. März 2020 (Vf. 6-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Bayerischen Verordnung über eine vorläufige Ausgangsbeschränkung anlässlich der Corona-Pandemie vom 24. März 2020 (GVBl. S. 178, BayMBI Nr. 130, BayRS 2126-1-4-G)
PII-G1310.20-0003
Drs. 18/7386 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☐

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. April 2020 (Vf. 12-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 i. V. m. § 5 Nr. 1 der Bayerischen Verordnung über Infektionsschutzmaßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie (Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung - BayIfSMV) vom 27. März 2020 (BayMBI. Nr. 158, BayRS 2126-1-4-G, 2126-1-5-G), die durch die Verordnung vom 31. März 2020 (BayMBI. Nr. 162) geändert worden ist
PII-G1310.20-0005
Drs. 18/7388 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☐

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. April 2020 (Vf. 11-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Abs. 1 Satz 2 der Bayerischen Verordnung über Infektionsschutzmaßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie (Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung - BayIfSMV) vom 27. März 2020 (BayMBI. Nr. 158, BayRS 2126-1-4-G, 2126-1-5-G)
PII-G1310.20-0006
Drs. 18/7389 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☐

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Februar 2020 (Vf. 3-VII-20) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1 und § 4 Nr. 1 der Verordnung der Stadt Amberg zum Schutz der Öffentlichkeit vor Gefahren durch Hunde (Hundehaltungsverordnung – HundeVO) vom 06. November 2000 (ABl. Nr. 22)
PII-G1310.20-0002
Drs. 18/7387 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

[illegible]

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachhaltiges Bauen als Standard im Staatlichen Hochbau
Drs. 18/3761, 18/7609 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gründung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung:
Naturwissenschaftlich-technische Friedens- und Konfliktforschung in Bayern etablieren
Drs. 18/4404, 18/7398 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

22. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Sonderprogramm zur Entfristung von Tarifbeschäftigten im Staatsdienst
Drs. 18/5883, 18/7380 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

23. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Stefan Schuster, Ruth Müller u.a. SPD
Klarheit für Kommunen bei Fördermaßnahmen im Mobilfunkausbau
Drs. 18/5884, 18/7438 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganser u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Medizinische Versorgung von trans-Personen sicherstellen
Drs. 18/5893, 18/7614 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungsstand Konzerthaus München – wie geht es weiter?
Drs. 18/5897, 18/7401 (E) [X]

Auf Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

26. Antrag des Abgeordneten Markus Bayerbach AfD
Konzeption eines Leistungskataloges für Verwaltungsangestellte an staatlichen Schulen in Bayern als Grundlage für die objektive Beurteilung von Stellenhebungen
Drs. 18/5905, 18/7616 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bessere Bayerische Entwicklungszusammenarbeit: MPK-Beschlüsse endlich ernst nehmen, Prioritäten neu setzen!
Drs. 18/6163, 18/7422 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	ENTH

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Archäologischen Sensationsfund „Udo“ nach Bayern holen! – Museum für ersten aufrechtgehenden Menschenaffen „Danuvius guggenmosi“
Drs. 18/6165, 18/7395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

29. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD
Bayern steht in der Pflicht: Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern durch die Vollfinanzierung des Modellversuchs „Erzieherausbildung mit optimierten Praxisphasen (OptiPrax)“ voranbringen.
Drs. 18/6171, 18/7427 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

30. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Psychosoziale Prozessbegleitung und Opferschutz in Bayern
Drs. 18/6175, 18/7360 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

[illegible]

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Effektiver Verbraucher- und Tierschutz in Bayern braucht eine stabile und rechtssichere Grundlage
Drs. 18/6218, 18/7392 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

35. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Neuberechnung der jährlichen Zuführungen zum Pensionsfonds
Drs. 18/6222, 18/7382 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

36. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek SPD
Kostenexplosion beim Münchner Konzerthaus
Drs. 18/6235, 18/7396 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

[illegible]

